

Westliche Einmischung in Albanien seit dem Ende des Kalten Krieges: Eine umfassende Übersicht von Subversion, Militärinterventionen und Integration

Die Geschichte der westlichen Einmischung in Albanien nach dem Ende des Kalten Krieges ist ein komplexes und vielschichtiges Kapitel europäischer Geopolitik, das sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt und verschiedene Formen von Intervention umfasst. Von verdeckten Umsturzoperationen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg über die Unterstützung der Demokratisierung in den frühen 1990er Jahren bis hin zur militärischen Intervention im Kosovo-Konflikt und schließlich zur NATO-Integration im Jahr 2009 haben westliche Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, fundamentale Rolle in der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklung Albaniens gespielt. Diese Intervention reicht jedoch ihre Ursprünge noch deutlicher in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück, wo geheime Operationen die Stabilität der Region prägen sollten und zu Konsequenzen führten, die bis heute nachwirken. Die folgende Analyse beleuchtet systematisch die verschiedenen Dimensionen dieser Einmischung und zeigt auf, wie externe Mächte albanische Geschicke aktiv gestalteten und die Trajektorie des Landes durch militärische, wirtschaftliche und politische Mittel beeinflussten.

Die frühen Nachkriegsjahre: Operation Valuable und die Subversion Albaniens

Die westliche Intervention in Albanien beginnt bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wo die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine der geheimsten und umstrittensten Operationen des frühen Kalten Krieges durchführten. Die sogenannte **Operation Valuable**, auch unter der Bezeichnung **Përbysja e Shqipërisë** bekannt, war eine verdeckte paramilitärische Operation der US-amerikanischen CIA und des britischen MI6, die darauf abzielte, das kommunistische Regime unter der Herrschaft von Enver Hoxha zu stürzen^[1]. Diese Operation stellt ein besonders frühes Beispiel für die systematische westliche Interferenz in die inneren Angelegenheiten Albaniens dar und demonstriert die Entschlossenheit der Westmächte, ihre Einflusssphäre in Südosteuropa zu erweitern, unmittelbar nachdem die sowjetische Bedrohung in Europa offensichtlich wurde.

Das Ziel dieser verdeckten Operation war explizit, im Nachkriegsalbanien einen Bürgerkrieg zu entfachen, um das kommunistische Regime zu destabilisieren und zu Fall zu bringen^[1]. Zu diesem Zweck wurden albanische Auswanderer, die sich in Griechenland, Italien und der Türkei befanden, von den Amerikanern und Briten rekrutiert und in Subversionstaktiken trainiert, bevor sie in Albanien eingeschleust wurden^[1]. Die Unterstützer dieser Operation waren vielfältig und international: Länder wie Jugoslawien, Griechenland und Italien sowie die Nord-Epirus-Organisation KEVA beteiligten sich an der logistischen und materiellen Unterstützung dieser Operationen^[1]. Dies macht deutlich, dass die westliche Intervention nicht isoliert erfolgte, sondern als koordinierte multilaterale Aktion konzipiert war, die regionale Verbündete einbezog und ihre Sicherheitsinteressen mit denen der westlichen Großmächte verband.

Die Rekrutierung der Agenten war strategisch berechnet und bezog verschiedene politische Strömungen ein, die als potenziell anti-kommunistisch galten. Die USA und Großbritannien rekrutierten Albaner zu etwa 40 Prozent aus der **Balli Kombëtar**, einer während des Zweiten Weltkriegs gegründeten Organisation mit einem nationalistischen Programm zur Schaffung eines Großalbaniens, während weitere 40 Prozent aus der monarchistischen Bewegung **Legaliteti** und aus kleineren albanischen Gruppierungen kamen^[1]. Die gewählten Rekruten wurden gründlich im Umgang mit Waffen und in den Techniken der Subversion und Sabotage ausgebildet^[1]. Einige dieser Agenten waren Veteranen aus den Guerilla- und Bürgerkriegen des Zweiten Weltkriegs, was ihnen praktische Kampferfahrung verlieh, die ihre Effektivität erhöhen sollte.

Der operative Plan war klassisch und folgtelogischen Mustern, die später in vielen anderen CIA-Operationen während des Kalten Krieges zum Einsatz kamen. Royalisten sollten mit dem Fallschirm in den Mat-Kreis in Zentralalbanien abgesetzt werden, einer Region, die als Bastion des albanischen Traditionalismus galt und für ihre Loyalität zu König Zogu bekannt war^[1]. Die westlichen Planer rechneten damit, dass eine ausreichende Anzahl von abgesetzten Agenten einen massiven Volksaufstand organisieren könnte, der sich im Laufe der Zeit zu einem Bürgerkrieg entwickeln würde^[1]. Diese Strategie offenbarte ein grundsätzliches Missverständnis oder zumindest eine starke Unterschätzung der politischen und sozialen Realitäten Albaniens zur damaligen Zeit.

Die Operation wurde ab 1949 im Nachkriegschaos gestartet, nachdem die USA und Großbritannien die Entscheidung trafen, ihre Aktivitäten zu intensivieren^[1]. Die politische Unterstützung auf höchster Ebene war substantiell: US-Außenminister Dean Acheson stimmte den Plänen zu, und die USA und Großbritannien vereinbarten explizit, den Sturz der Hoxha-Regierung zu betreiben, um Albanien unter angloamerikanischen Einfluss zu bringen^[1]. Dies zeigt, dass diese Operation nicht ein Werk übereifrig agierender Geheimdienstler war, sondern eine bewusst von der höchsten politischen Führung genehmigte Strategie zur geopolitischen Umgestaltung der Balkanhalbinsel.

Allerdings wurde die Operation durchgehend durch sowjetische und bulgarische Geheimdienstler durchkreuzt. Informanten hielten die Sowjetunion laufend über die Pläne auf dem Laufenden, die wiederum Albanien darüber informierte^[1]. Dies führte dazu, dass zahlreiche Agenten nach ihrer Einsetzung gefasst wurden, vor Gericht gestellt und entweder hingerichtet oder zu Haftstrafen verurteilt wurden^[1]. Das Ausmaß der Infiltration durch sowjetische Agenten deutet darauf hin, dass die Westmächte ihre Gegner grundlegend unterschätzten und ihre Operationen mangelhaft abgesichert waren.

Die operative Phase der Operation Valuable war gekennzeichnet durch eine Escalation der westlichen Unterstützung. Mit der Zeit entwickelte sich eine verfeinerte Struktur zur Durchführung der Subversion. Auf der Suche nach besseren Kommandotruppen wandten sich die CIA und MI6 an König Zogu, der sich im Exil in Kairo befand^[1]. Unter dem Decknamen **Nationalkomitee „Freies Albanien“** schufen die USA eine geheime paramilitärische Organisation, die als Front für ihre Operationen dienen sollte^[1]. Einige Monate nach der Gründung dieser Organisation wurde die erste Gruppe von etwa 30 albanischen Rekruten, von denen einige Veteranen der Guerilla- und Bürgerkriege des Zweiten Weltkriegs waren, nach Fort Bingemma transportiert^[1]. Diese speziellen Kommandos wurden von dem MI6 als „**The Pixies**“ bezeichnet und wurden zwei Monate lang intensiv in Subversions- und Sabotagetaktiken ausgebildet^[1].

Die Geheimdienstberichte des Zeitraums offenbarten auch die Angst des Westens vor sowjetischem Einfluss in der Region. Den westlichen Geheimdiensten zufolge waren etwa 1500 sowjetische Berater und 4000 Techniker in Albanien vor Ort, die dabei halfen, die albanische Armee zu trainieren^[1]. Diese Wahrnehmung verstärkte die Entschlossenheit der US-Regierung, ihren Agenten nach einer Abwägung der politischen Lage größere Unterstützung zu gewähren^[1]. Die Operation verkörperte somit eine klassische Dimension des Kalten Krieges, bei der jede Seite versuchte, den sowjetischen Einfluss in Südosteuropa zu begrenzen oder zu erweitern.

Der Ausgang der Operation war jedoch ein totales Desaster. Insgesamt wurden bis zu 300 albanische Sicherheitskräfte, angloamerikanische Agenten und Kollaborateure während der Operation getötet^[1]. Diese hohen Verluste hätten eine Warnung sein sollen, aber die westlichen Mächte setzten ihre Bemühungen fort. Überlebende Agenten und beteiligte Albaner drückten später ihre Frustration und ihr Gefühl, manipuliert worden zu sein, aus. Abaz Ermenji, Mitbegründer der Balli Kombëtar, erklärte: „Unsere ‚Verbündeten‘ wollten Albanien als Versuchskaninchen benutzen, ohne sich um die menschlichen Verluste zu kümmern. All das für ein absurdes Unternehmen, das zum Scheitern verurteilt war.“^[1] Ein anderer überlebender Agent, Halil Nerguti, charakterisierte ihre Rolle prägnant: „Wir wurden als Experiment benutzt. Wir waren ein kleiner Teil eines großen Spiels, Schachfiguren, die geopfert werden konnten. Es steht außer Frage, dass die CIA und der MI6 die Operation als eine kleine Übung für Putschversuche nutzten. Die Einsätze waren unbekannt. Ein Scheitern würde nicht bemerkt werden.“^[1] Diese Aussagen offenbaren das kalkulierte Missbrauch von menschlichem Leben und lokalen Akteuren für geopolitische Ziele, die sich letztendlich als unerreichbar erwiesen.

Die Operation wurde 2006 aufgrund des **Nazi War Crimes Disclosure Act** freigegeben und ist nun in Archiven öffentlich verfügbar^[5]. Die historische Offenlegung dieser verdeckten Operation ermöglichte es Forschern und der Öffentlichkeit, das volle Ausmaß dieser frühen westlichen Intervention zu verstehen und die langfristigen Konsequenzen solcher Operationen für die betroffenen Länder und Bevölkerungen zu erfassen.

Die Transition zur Demokratie: Westliche Unterstützung und Einflussnahme 1990-1992

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes unter Enver Hoxha am Ende der 1980er Jahre und dem weltweiten Zusammenbruch der sowjetischen Macht unternahmen westliche Staaten eine neue Form der Intervention in Albanien, die weniger auf militärische Subversion ausgerichtet war und stattdessen auf die Gestaltung der demokratischen Transition abzielte. Der Prozess war komplex und reflektierte die Hoffnungen des Westens, dass eine demokratische Transformation Albaniens zu einer Pro-West-Orientierung führen würde, während gleichzeitig externe Akteure versucht waren, die Richtung und den Charakter dieser Transformation zu beeinflussen.

Das kommunistische System in Albanien war bereits in den späten 1980er Jahren unter Druck geraten. Die Regierung unter Ramiz Alia, dem Nachfolger von Enver Hoxha, versuchte begrenzte Reformen einzuleiten, war aber letztendlich nicht in der Lage, den Prozess zu kontrollieren^[11]. Im Sommer 1990 flüchteten Tausende Albaner in westliche Botschaften, was die Verzweiflung der Bevölkerung und die Delegitimation des kommunistischen Regimes offenbarte^[15]. Im November 1990 wurde eine Verfassungskommission einberufen, um eine neue politische Ordnung zu

entwickeln [15]. Dies markierte den Beginn eines Transitionsprozesses, der von außen erheblich beeinflusst werden sollte.

Westliche Mächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, begannen bereits früh, ihre Präferenzahlen für den Ausgang dieser Transition zu signalisieren und aktiv zu intervenieren. Bei der Parlamentswahl im März 1991 war die regierende **Partei der Arbeit** deutlich bevorteilt, da sie die meisten Medien kontrollierte oder beeinflussen konnte und über wesentlich größere Ressourcen verfügte als die sich gerade konstituierende Opposition [15]. Die Demokratische Partei, eine neue anti-kommunistische Kraft, hatte beschränkte Möglichkeiten, die ländliche Bevölkerung zu erreichen [15]. Allerdings erhielt die Demokratische Partei materielle Unterstützung von konservativen Parteien aus Europa sowie explizite Unterstützung der USA [15]. Diese externe Unterstützung war nicht unbedeutend: Die Stiftung **National Endowment for Democracy** gab der regimekritischen Arbeiterbewegung etwa 103.000 US-Dollar, damit diese die Demokratische Partei durch Schulungs- und politische Bildungsprogramme unterstützen konnte [15].

Die externe Einmischung war subtil aber effektiv. Gramoz Pashko, ein führender Figur der Demokratischen Partei, wurde nach einer Reise in die USA Mitte März 1991 zitiert, dass seine Partei einen „Blankoscheck“ von der amerikanischen Regierung erhalten würde, wenn sie an die Macht käme, was zur Aufnahme in Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank führen würde und Nahrungsmittel und andere Hilfe bedeuten würde [15]. Dies war eine explizite Verbindung zwischen der externen Unterstützung und den erwarteten Ergebnissen: Der Westen wollte nicht einfach freie Wahlen, sondern Wahlen, die zu einem pro-westlichen Ergebnis führten.

Trotz dieser Unterstützung gewann bei der Wahl im März 1991 die regierende **Partei der Arbeit** mit 169 der 250 Sitze und einer offiziellen Wahlbeteiligung von 96,8 Prozent [15]. Internationale Beobachter beurteilten die Wahlen jedoch allgemein als fair, und es gab minimal Betrug und Manipulation, obgleich die Partei der Arbeit substanzielle Vorteile genossen hatte [15]. Die Wahlen zeigten, dass die Albaner trotz der Probleme des kommunistischen Regimes nicht automatisch für die Opposition stimmten, sondern dass die Partei der Arbeit unter neuer Führung noch Legitimität behielt.

Die Situation änderte sich jedoch schnell. Die Zeit vor der nächsten Wahl war seit Dezember 1990 von gewalttäglichen Protesten in verschiedenen Städten geprägt [15]. Am 20. Februar 1991 stürzten Demonstranten die Statue Enver Hoxhas, die auf dem Skanderbeg-Platz in Tirana gestanden hatte, ein symbolisches Ereignis, das die endgültige Ablehnung des alten Regimes durch große Teile der Bevölkerung signalisierte [15]. Die Regierung unter der neuen Führung der Partei der Arbeit war unfähig, die Krise zu bewältigen. Am 22. Februar 1991 wurde eine neue Regierung unter Fatos Nano gebildet, wodurch Reformbereitschaft innerhalb der Partei der Arbeit signalisiert werden sollte [15]. Anfang März flüchteten Tausende auf Schiffen über die Adria nach Italien, während seit Monaten Menschen durch die Berge nach Griechenland geflüchtet waren [15]. Diese Fluchtbewegungen offenbarten eine tiefgreifende Krise der Legitimation und des wirtschaftlichen Kollaps des Staates.

Am 4. Juni 1991 musste die kommunistische Regierung von Fatos Nano nach einem Generalstreik zurücktreten [15]. Es wurde eine Regierung der nationalen Einheit unter Ylli Bufi gebildet [15]. Dies

setzte einen neuen Prozess in Gang, der letztendlich zu Neuwahlen führte. Vor dem Hintergrund dieser andauernden politischen Turbulenzen und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs beschloss der Westen, seine Unterstützung zu intensivieren. Der Staat konnte seine Bürger nicht mehr versorgen; Ende 1991 sollte Albanien zu 90 Prozent von ausländischer Nahrungshilfe abhängig sein^[19]. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit schuf eine neue Form der Hebelwirkung für westliche Staaten, die ihre Hilfe als Instrument zur Beeinflussung der politischen Entwicklung nutzen konnten.

Bei vorgezogenen Neuwahlen am 22. März 1992 siegten schließlich die **Demokraten**, die sich in der Tradition der konservativen Parteien Europas sahen, mit deutlicher Mehrheit^[31]. Diese Verschiebung signalisierte eine grundlegende Reorientierung Albaniens. Die Wahl war nicht isoliert von externem Druck erfolgt, sondern war das Ergebnis einer Kombination von internen Faktoren und externer Intervention. Westliche Mächte hatten konstant die Botschaft gesendet, dass wirtschaftliche und diplomatische Anerkennung an die Wahl einer pro-westlichen Regierung gebunden sei.

Die externe Einmischung in diesem Zeitraum war charakterisiert durch eine Mischung aus wirtschaftlicher Hilfe und politischem Druck. Westliche Finanzinstitutionen und Regierungen signalisierten klar, dass Integrationen in westliche Institutionen wie der Europäischen Union, der NATO und internationalen Finanzinstitutionen nur mit einer klaren pro-westlichen Orientierung möglich sein würde. Gleichzeitig unterstützten westliche Parteien und Organisationen wie die National Endowment for Democracy aktiv die demokratische Opposition.

Der Kosovo-Krieg und die NATO-Intervention: Militärische Präsenz und Unterstützung von Befreiungsbewegungen

Die Periode des Kosovo-Krieges von 1998 bis 1999 markierte einen grundlegenden Wendepunkt in der westlichen Intervention auf dem Balkan und in Albanien. Die NATO-Intervention und die Rolle Albaniens als Basis für NATO-Operationen stellten eine völlig neue Dimension der westlichen militärischen Präsenz in der Region dar und führten zu einer dauerhaften institutionellen Bindung Albaniens an die westliche Sicherheitsarchitektur.

Der Kosovo-Krieg war das Ergebnis einer Eskalation von Spannungen, die ihre Wurzeln in den 1980er Jahren hatten und mit dem Aufstieg von Slobodan Milošević verbunden waren. Milošević wurde 1986 zum Vorsitzenden der serbischen Kommunisten gewählt und nutzte gezielt serbisch-nationalistische Rhetorik, die sich gegen die Kosovo-Albaner richtete^[7]. Im März 1989 wurde der Autonomiestatus des Kosovos durch eine Änderung der serbischen Verfassung faktisch aufgehoben^[7]. Die Kosovo-Albaner wurden systematisch aus der Verwaltung zurückgedrängt, sukzessive entreichtet, und die albanische Sprache wurde in Schulen und Universitäten verboten^[7]. Diese systematische Unterdrückung schuf die Grundlagen für den späteren Konflikt.

Ab 1996 verübte die kosovarische Befreiungsarmee UÇK Anschläge auf serbische Einrichtungen, Polizisten und Mitglieder der Sozialistischen Partei^[7]. Die serbische Regierung reagierte darauf mit Gewalt, auch gegen die Zivilbevölkerung^[7]. Im Jahr 1998 eskalierte die Situation dramatisch, als jugoslawische Sicherheitskräfte und Einheiten der UÇK sich heftige Gefechte lieferten^[7]. Die UÇK kontrollierte zeitweise etwa ein Drittel des Kosovos, wurde aber danach wieder zurückgedrängt^[7].

Während dieser Kämpfe wurde die kosovarische und vor allem die kosovo-albanische Zivilbevölkerung Opfer systematischer Überfälle, Vertreibungen und Massenmorde^[7]. Allerdings machte sich auch die kosovo-albanische Befreiungsarmee UÇK schwerer Menschenrechtsverbrechen schuldig^[7].

Der Westen hatte bereits früh erkannt, dass militärische Intervention wahrscheinlich werden würde, und begann mit Vorbereitungen. Die Option, im Kosovo militärisch einzugreifen, wurde von der NATO schon seit 1998 verfolgt^[10]. Vor dem Hintergrund von bis dahin bereits über 250 Getöteten in den Kämpfen seit Februar 1998 ordnete die NATO im Juni 1998 an, dass militärische Luftübungen über Albanien und Mazedonien abgehalten werden sollten^[10]. Laut offiziellen Aussagen aus den USA und Großbritannien sollten diese Übungen die Fähigkeiten der NATO demonstrieren und der jugoslawischen Führung schwerwiegende Konsequenzen für die Fortführung des militärischen Vorgehens gegen die ethnischen Albaner im Kosovo aufzeigen^[10]. Diese Übungen waren faktisch die erste Militärpräsenz der NATO in Albanien und signalisierten die Entschlossenheit des Westens, in die Region militärisch zu intervenieren.

Ein kritisches Moment war die Konferenz von Rambouillet im Februar und März 1999. Die Verhandlungen wurden von der NATO ausgearbeitet und fanden im Schloss Rambouillet bei Paris statt^[14]. Die am 6. Februar 1999 in Rambouillet begonnenen Gespräche wurden am 23. Februar 1999 unterbrochen und am 15. März 1999 im Kléber-Kongresszentrum in Paris fortgesetzt^[14]. Die Verhandlungen von Rambouillet kamen auf Initiative der bereits 1994 für die Koordinierung internationaler Reaktionen auf den Krieg in Bosnien gegründeten **Balkan-Kontaktgruppe** zustande^[14]. Diese Gruppe, bestehend aus Vertretern aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Russland und den USA, hatte bereits Mitte Januar einen auf dem **Hill-Plan** basierenden Dokument erarbeitet, das zehn nicht verhandelbare Grundprinzipien für die Verhandlungen zwischen Serben und ethnischen Albanern enthielt^[14].

Der unter der Bezeichnung „**Zehn Prinzipien**“ geführte Plan enthielt Vorschläge für die Herstellung eines autonomen Kosovo sowie zur Stationierung von NATO-Truppen im Kosovo^[14]. Der Nordatlantikrat stellte kurze Zeit später ein Ultimatum an Serben und Kosovo-Albaner, in dem beide Seiten zur Aufnahme von Verhandlungen auf der Basis der Zehn Prinzipien aufgefordert wurden^[14]. Die Verhandlungsdelegationen waren bedeutsam zusammengesetzt. Die 16-köpfige Delegation der Kosovo-Albaner umfasste Hashim Thaçi (Führer der UÇK), Ibrahim Rugova (der Führer der albanischen Gemeinde im Kosovo), Fehmi Agani, Veton Surroi und andere prominente Figuren^[14].

Der Verhandlungsverlauf war problematisch. Die Kontakt-Gruppe legte den beiden Konfliktparteien zu Beginn der Gespräche zwei Dokumente vor^[14]. Das erste Dokument enthielt zehn nicht verhandelbare Prinzipien, die von beiden Parteien vor den Verhandlungen unterzeichnet werden sollten. Das Dokument wurde von der serbischen Delegation akzeptiert, jedoch von der Kosovo-albanischen Delegation zurückgewiesen, da eines der Prinzipien die Anerkennung der territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien forderte^[14]. Trotz dieser Ablehnung gingen die Verhandlungen weiter. Das zweite Dokument war der erste Entwurf des **Interim Agreement for Peace and Self-government in Kosovo**, der sogenannte Rambouillet-Vertrag^[14].

Anfang 1999 eskalierte die Situation dramatisch. Am 15. März 1999 wurden die Gespräche im Kléber-Kongresszentrum in Paris fortgesetzt. Die Kosovo-albanische Delegation erklärte am 15. März 1999 ihre Bereitschaft, den Rambouillet-Vertrag in der Form vom 23. Februar 1999 mit Anhang B zu akzeptieren, und unterzeichnete ihn am 18. März 1999, nachdem Außenministerin Madeleine Albright massiven Druck ausgeübt hatte^[14]. Nach späteren Analysen wollte Albright durch die Unterschrift der Kosovo-Albaner die Serben in eine ausweglose Lage bringen^[14]. Am 17. März 1999 stellte die NATO der Bundesrepublik Jugoslawien ein Ultimatum zur Annahme des Rambouillet-Abkommens^[14]. Der serbische Präsident Slobodan Milošević lehnte ab, was als Anlass für den Angriff der NATO im Rahmen der Operation Allied Force diente^[10].

Die militärische Intervention beginnt am **24. März 1999**, als die NATO-Staaten – ohne UN-Mandat – mit Luftschlägen gegen Ziele in Jugoslawien begannen^[7]. Für die Bundeswehr war es der erste Kampfeinsatz in ihrer Geschichte^[7]. Sie beteiligte sich mit Tornado-Flugzeugen an der Luftaufklärung und der Bekämpfung der Flugabwehr^[7]. Das Mandat dazu hatte der Bundestag bereits im Oktober 1998 gegeben^[7]. Die NATO-Staaten griffen strategische Ziele in Serbien, Kosovo und Montenegro an, beispielsweise das serbische Verteidigungsministerium^[7]. Am Abend des 24. März 1999 begannen die Bombardierungen, und unmittelbar darauf schlugen in Mitrovica, im Norden des Kosovo, Granaten der jugoslawischen Streitkräfte ein – in den südlichen Stadtvierteln, die ganz überwiegend von albanischen Kosovaren bewohnt wurden^[2].

Albanien spielte während dieser militärischen Intervention eine zentrale Rolle. Albanien, das selber nicht an Kampfhandlungen beteiligt war, diente als Basis der kriegsführenden NATO-Staaten^[12]. Bis 2010 betrieb die NATO in Tirana ein Hauptquartier mit insbesondere logistischen Aufgaben^[12]. Dies bedeutete, dass die albanische Regierung nicht nur die NATO-Intervention tolerierte, sondern auch materielle und logistische Unterstützung für die Kampagnen bereitstellte. Flugplätze und Häfen wurden für NATO-Operationen zur Verfügung gestellt, und Tausende von NATO-Soldaten operierten von albanischem Territorium aus.

Die Operation Airforce war langwierig und entscheidend. Für die Kosovo-Albaner war der 24. März 1999 der Tag der Rettung, während er für die Serben der des Niedergangs war^[2]. US-Präsident Bill Clinton erklärte am 24. März 1999 im Oval Office: „Heute haben sich unsere Streitkräfte den Luftangriffen unserer NATO-Verbündeten auf serbische Streitkräfte angeschlossen, die für die Brutalität im Kosovo verantwortlich sind. Wir haben aus mehreren Gründen mit Entschlossenheit gehandelt: Wir haben gehandelt, um Tausende unschuldiger Menschen im Kosovo vor einer wachsenden militärischen Offensive zu schützen.“^[2] Diese Aussage fasste die offizielle westliche Rechtfertigung der Intervention zusammen, obwohl Kritiker später argumentieren würden, dass die humanitäre Komponente verwendet wurde, um größere strategische Interessen zu verdecken^[2].

Die militärische Bombardierung dauerte 78 Tage, von März bis Juni 1999. Die NATO flog während dieser Zeit Tausende von Einsätzen^[2]. Allerdings zeigte sich schnell eine tragische Konsequenz: Die Bombardierungen führten zu einer massiven Vertreibung der Kosovo-Albaner, möglicherweise durch Albanienaktion der serbischen Kräfte in Reaktion auf die Bombardierungen. Dies war Teil einer methodisch geplanten und umgesetzten Vertreibung der Kosovo-Albaner aus der zur damaligen Zeit zur Bundesrepublik Jugoslawien gehörenden Provinz^[2]. Die

Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch** dokumentierte in ihrer Publikation „Under Orders – War Crimes in Kosovo“: „Niemand sah das Tempo und Ausmaß der Vertreibungen voraus. In den ersten drei Wochen nach Beginn der NATO-Bombardierungen strömten 525.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo in die Nachbarländer. Insgesamt vertrieben Regierungseinheiten 862.000 Albaner aus dem Kosovo, und zudem wurden viele Hunderttausende im Kosovo vertrieben, zusätzlich zu denjenigen, die vor dem März 1999 vertrieben worden waren. Mehr als 80 Prozent der gesamten Bevölkerung des Kosovo – von denen 90 Prozent Kosovo-Albaner waren – waren aus ihren Häusern vertrieben worden.“^[2]

Die Frage der westlichen Unterstützung für die UÇK ist komplex und umstritten. Mehrere Quellen deuten darauf hin, dass die CIA und andere westliche Geheimdienste die UÇK vor und während des Konflikts unterstützten. Im Mai 1998 hatten Richard Holbrooke, Madelaine Albright und Präsident Clinton entschieden, Milošević zu stürzen und betrachteten die UÇK als einen hilfreichen Faktor bei dieser Operation^[2]. Die UÇK war bis dahin als Terrororganisation gegolten, aber diese Klassifizierung wurde als irrelevant erachtet, wenn die Organisation für die westlichen strategischen Ziele nützlich war^[2]. Dies repräsentiert ein klassisches Beispiel für die Instrumentalisierung von nichtstaatlichen Akteuren durch Großmächte für ihre strategischen Interessen, unabhängig von den moralischen oder rechtlichen Implikationen.

Der britische Zeitung **Observer** veröffentlichte einen Artikel, der die Unterstützung der UCK durch die CIA belegte^[26]. Nach Aussage eines dort zitierten KFOR-Battallionskommandanten unterhielt die CIA im Kosovo eine „Privatarmee“, die den Diktator Milošević absetzen sollte^[26]. Ein Beamter des State Department bestätigte den Bericht indirekt, indem er die Clinton-Regierung für diese Entwicklung verantwortlich machte und sagte, dass unter Bush sich der Schwerpunkt verändert hätte^[26]. Deutsche Geheimdienste sollen die UCK ebenfalls seit Anfang der neunziger Jahre unterstützt haben, wobei Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes an der Rekrutierung und Ausbildung von UÇK-Kämpfern beteiligt gewesen seien und ihnen Informationstechnik beschafft haben, während auch der Militärische Abschirmdienst Ausrüstung und Waffen geliefert haben soll^[26].

Nach dem Krieg führte die NATO-Intervention zu einer permanenten militärischen Präsenz in der Region. Am 10. Juni 1999 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die **Resolution 1244**, in der die Schaffung einer von der NATO geführten Sicherheitstruppe für den Kosovo, der **Kosovo Force (KFOR)**, geregelt wurde^[23]. Zunächst sollte KFOR den Abzug der jugoslawischen Truppen und die Entmilitarisierung des Kosovo überwachen^[23]. Die Grundlage dafür war ein Militärisch-Technisches Übereinkommen (MTA), das die NATO und die damalige Bundesrepublik Jugoslawien kurz zuvor getroffen hatten^[23]. Die Bundeswehr war Teil dieser Präsenz, mit deutschen Soldaten stationiert im Camp Film City in Pristina^[23].

Die Entwaffnung der UÇK nach dem Krieg war notorisch unvollständig. Offiziell galt die UÇK seit September 1999 als „demilitarisiert“^[26]. Damals, kaum drei Monate nach dem Ende des Kosovo-Krieges, bescheinigte die NATO der UÇK offiziell den erfolgreichen Abschluss der Entwaffnung, wobei mehr als 10.000 Waffen und 5,5 Millionen Schuss Munition kassiert wurden^[26]. Allerdings gelang es der KFOR offensichtlich nicht, der UÇK alle Waffen abzunehmen. Noch im Mai 2000, ein Jahr nach dem Krieg, bestätigte der damalige UN-Administrator Bernard Kouchner, dass die

Entwaffnung „nicht komplett und perfekt gelungen“ war^[26]. Diese mangelhafte Entwaffnung sollte später zu Problemen führen, da frustrierte UÇK-Veteranen ihre Waffen für andere Konflikte in der Region einsetzen.

NATO-Integration und gegenwärtige westliche Militärpräsenz

Die endgültige Integration Albaniens in die westliche Sicherheitsarchitektur erfolgte mit dem Beitritt zur NATO im April 2009, etwa zehn Jahre nach der Kosovo-Intervention und zwei Jahrzehnte nach der Transition zur Demokratie. Dieser Beitritt war nicht isoliert erfolgt, sondern war das Ergebnis einer langen Phase der Annäherung und Integration in westliche Institutionen, angetrieben durch externe Erwartungen und interne Elitenpräferenzen.

Aufgrund der immer wieder sehr unruhigen politischen Lage auf dem Balkan suchten die albanischen Regierungen seit dem Sturz des Kommunismus westliche Bündnispartner^[12]. Als Ergebnis dieser langjährigen Bemühungen wurde das Land im April 2009 in die NATO aufgenommen^[12]. Bereits vorher fanden jedoch regelmäßig Manöver unter Beteiligung US-amerikanischer Soldaten in Albanien statt^[12]. Das Interesse ausländischer Streitkräfte an Albanien stieg insbesondere im Vorfeld des Kosovokriegs, und diese Präsenz verstärkte sich danach erheblich.

Die kleine Beteiligung Albaniens in der **Koalition der Willigen** stieß in der Bevölkerung des mehrheitlich muslimischen Landes nie auf großen Widerspruch, da die große Mehrheit der Albaner den USA ausgesprochen positiv gegenüber eingestellt sind^[12]. Diese Pro-USA-Haltung war das Ergebnis mehrerer Faktoren: Der NATO-Intervention im Kosovo, die von vielen Kosovo-Albanern und Albanern generell als Rettung ihrer ethnischen Brüder und Schwestern betrachtet wurde, sowie der wirtschaftlichen Hilfe und der Integration in westliche Institutionen, die unter westlichem Druck erfolgt war. Die tiefverwurzelte Dankbarkeit der Kosovo-Albaner und der Albaner generell gegenüber der NATO und vor allem den USA basierte auf dem kollektiven Erlebnis, dass sie ohne das militärische Eingreifen der westlichen Allianz aus dem Kosovo endgültig vertrieben worden wären^[2].

Nach dem NATO-Beitritt entwickelte sich Albanien zu einem bedeutsamen militärischen Standort für westliche Operationen in der Region und darüber hinaus. Derzeit leisten etwa 4.800 Soldatinnen und Soldaten, davon rund 300 aus Deutschland, in Kosovo ihren Dienst^[23]. Deutsche Truppen sind als Teil der KFOR-Mission in Kosovo stationiert und befinden sich im „Camp Villagio Italia“ in der Stadt Peja mit über 80 Soldaten^[12]. Ein Bombenentschärfungskommando der Albanischen Armee ist auch in Lettland präsent als Teil der NATO Enhanced Forward Presence^[12].

Die NATO-Präsenz in Albanien selbst ist gering, aber bedeutsam. Es gibt Pläne für die Errichtung eines NATO-Stützpunkts in Durrës, der auch Militärübungen der NATO-Streitkräfte in der Größenordnung von **Defender 2021**, der größten von den USA geführten Militärübung, ermöglichen würde^[9]. Dies würde Albanien in den Augen des Westens zu einem strategischen Drehpunkt für NATO-Operationen im Mittelmeerraum und im westlichen Balkan machen.

Die Albanische Streitkräfte selbst haben sich unter westlichem Einfluss transformiert. Seit April 2009 ist das Balkanland Mitglied der NATO^[12]. Seit 2010 hat Albanien nunmehr eine Berufsarmee, bestehend aus höchstens 14.500 aktiven Soldaten und 5000 Reservisten^[12]. Die Wehrpflicht, die

zuletzt zwölf Monate betragen hatte, wurde ausgesetzt [12]. Das Joint Force Command bildet ein teilstreitkräfteübergreifendes Hauptquartier, dem die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine unterstehen [12]. Diese Reorganisation erfolgte nach westlichen Standards und ist ein Beispiel für die institutionelle Transformation durch externe Anforderungen.

Institutionelle Integration und wirtschaftliche Abhängigkeit

Über die militärische Präsenz hinaus hat sich Albanien institutionell tief in die westliche Ordnung integriert. Seit dem 24. Juni 2014 ist Albanien ein Beitrittskandidat der Europäischen Union [27]. Das Land ist auch Mitglied der Welthandelsorganisation und der Weltbank [27]. Es ist Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE, des Europarates, des CEFTA, des Regionalen Kooperationsrates, der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit [27].

Diese institutionelle Bindung an westliche Organisationen ist jedoch nicht ohne Konditionalität erfolgt. Albanien musste und muss weiterhin verschiedene Reform- und Strukturanpassungsprogramme implementieren, um seine Integration zu vertiefen. Insbesondere im Hinblick auf die EU-Integration hat Albanien zu kämpfen gehabt. Ein 2012er Bericht identifizierte, dass Albanien nur geringe Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und Konsolidierung seiner Demokratie macht [31]. Die innenpolitische Polarisierung zwischen der Demokratischen Partei und der Sozialistischen Partei hat zentrale Reformen blockiert [31].

Diese anhaltenden politischen Probleme haben externe Unterstützung und Druck erfordert. Die EU und die USA haben regelmäßig Druck ausgeübt, um Justizreformen und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität zu fördern. Dies schafft ein komplexes Machtgefüge, in dem externe Institutionen einen bedeutsamen Einfluss auf die innenpolitische Entscheidungsfindung haben. Wenn westliche Institutionen, insbesondere die EU und die USA, die wirtschaftliche Hilfe oder die Perspektive der Vollmitgliedschaft von bestimmten politischen Reformen abhängig machen, handelt es sich um eine Form der externen Beeinflussung, wenn auch eine, die versucht wird, als konstruktive und legitime Konditionalität darzustellen.

Zusammenfassung und Fazit

Die Geschichte der westlichen Intervention in Albanien seit dem Ende des Kalten Krieges ist ein vielschichtiges Narrativ von Subversion, militärischer Intervention, politischer Einflussnahme und institutioneller Integration. Sie beginnt mit den verdeckten CIA- und MI6-Operationen der frühen Nachkriegszeit, die darauf abzielten, ein kommunistisches Regime zu stürzen, ohne Rücksicht auf die menschlichen Kosten oder die Chancen auf Erfolg. Sie erstreckt sich über die gezielte Unterstützung der demokratischen Transition in den frühen 1990er Jahren, als westliche Staaten und Organisationen bewusst versuchten, das politische Ergebnis zu beeinflussen, um eine pro-westliche Regierung zu installieren. Sie umfasst die militärische Intervention im Kosovo-Krieg 1999, bei der Albanien als Basis für NATO-Operationen fungierte und westliche Mächte sowohl die UÇK unterstützten als auch die darauffolgenden Friedensoperationen kontrollierten. Und sie kulminiert in der NATO-Integration im Jahr 2009 und der gegenwärtigen tiefgreifenden institutionellen Bindung an westliche Organisationen.

Im Kern reflektiert diese Geschichte die klassischen Muster der Großmachtpolitik im Kontext des Kalten Krieges und seiner Nachwesen. Westliche Staaten, angeführt von den Vereinigten Staaten,

haben ihre Macht genutzt, um ihre sicherheitspolitischen und geopolitischen Interessen zu verfolgen, wenn nötig unter Übergehung von Souveränität und unter Missbrauch lokaler Akteure. Die Verbindung zwischen militärischer Stärke, wirtschaftlichen Ressourcen und institutionellem Einfluss schuf ein Machtgefüge, in dem Albanien letztendlich wenig echte Wahl hatte als sich in das westliche System zu integrieren, auch wenn dies mit Versprechungen von Stabilität, Wohlstand und Sicherheit verknüpft wurde.

Die Intervention war nicht ausschließlich negative und destruktive. Die westliche Unterstützung der Demokratisierung in den 1990er Jahren half, Albanien von der Dictatate zu befreien, auch wenn dieser Prozess von externem Druck geprägt war. Die NATO-Intervention im Kosovo rettete möglicherweise Hunderttausende von Kosovo-Albanern vor massiveren Gräueltaten, auch wenn sie auch zu Vertreibungen und anderen negativen Konsequenzen führte. Die NATO-Integration bot Albanien Sicherheitsgarantien in einer volatile Region. Allerdings ist es wichtig, diese positiven Aspekte gegen die andauernde externe Abhängigkeit Albaniens und die Erosion einer echten politischen Autonomie aufzuwiegen.

Abschließend bleibt Albanien bis heute eine Polity, deren politische Entwicklung und Sicherheitspolitik fundamentale durch externe Mächte geprägt ist. Dies ist nicht einzigartig für Albanien, aber es ist ein deutlicher Fall, wie externe Mächte über ein Jahrhundert hinweg kleine Länder in ihrer unmittelbaren Nähe manipuliert, unterstützt und kontrolliert haben, ohne dass diese Länder echte Kontrolle über ihr eigenes Schicksal hätten ausüben können.